

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen  
BERN, Erlachstrasse, 23  
(Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)  
Jährlich etwa 40 Nummern (deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 i'd Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern  
Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. — 10 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen.  
Schweizer Postscheckkonto Bern III 496.  
Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. Tschumi, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. Moser, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Professor an der Universität Zürich; Dr. A. HUBER, alt Zivilgerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats von Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMPHIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUBNER, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert SROUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Bern, am 5. Februar 1917.

## Die Wendung in der Weltkrise.

Der seit einem Jahre währende Kampf und die zwischen den gemässigten Parteien im Deutschen Reiche, die am Kanzler selbst eine sichere Stütze gefunden zu haben schienen und den extremen Kriegsparteien andererseits, hat mit einem Siege der letzteren geendigt. Vergeblich haben einsichts-volle Patrioten darauf hingewiesen, dass es *selbstmörderische Politik* sei, die letzte neutrale Grossmacht ins Lager des Gegners zu treiben und damit das Gleichgewicht der Kräfte zu Ungunsten Deutschlands aufzuheben. Graf Reventlow und die Kriegspsychose triumphieren. Der Hunger hat Verzweiflung und die Verzweiflung hat Verblendung geboren: Deutschland hat die Zusicherungen für Schonung der Menschenleben im Unterseebootskrieg, die es Amerika seinerzeit abgeben, wieder zurückgezogen. Amerika hat die Herausforderung in jener Weise beantwortet, die es im Frühling 1916 angekündigt hatte. Es hat die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen.

Sache der fortschrittlichen Parteien in Deutschland und nicht die unsere ist es, im einzelnen auf die schwere Zukunftsgefährdung des deutschen Wirtschaftslebens hinzuweisen, die aus dem latenten Boykott der deutschen Exportindustrie auch in Nord-Amerika und vielleicht auch Südamerika, die sich damit in die Stimmung der anderen mit Deutschland Krieg führenden Länder einfügen, erwachsen wird. Auch kann es uns, die wir die letzten von der Kriegsflut umbrandeten Friedensinseln als Anknüpfungspunkte für die friedliche Weltorganisation vor dem Versinken in der Weltkrise bewahren möchten, nicht entsprechen, auch die letzten der durch den deutschen Verzweiflungsschritt schwerbedrohten Neutralen zu gleich rücksichtsloser Wahrung ihrer Interessen Deutschland gegenüber aufzurufen. Aufgabe der folgenden Zeilen ist es nur, die nicht bloss vom realpolitischen, sondern auch vom pazifistischen Standpunkt aus völlig geänderte Weltlage zu beleuchten, aufzuzeigen, welche noch vor kurzem erlaubten Hoffnungen nun wieder zu vertagen sind, was dem Friedensfreunde zu tun übrig bleibt.

Die erste Folge der deutschen Unterseebootblockade wird im Ertrinkungstod zahlreicher Handelsmatrosen und Schiffsreisenden, sowie andererseits in einer Erschwerung des Lebensunterhalts der mit Deutschland Kämpfenden, sowie gewisser neutraler Staaten, die ihre Lebensmittel bisher im Transit durch diese kriegführenden Länder bezogen, vor allem der Schweiz liegen. Angesichts des praktischen Sinns, den die deutschen Militärbehörden in der ganzen Kriegszeit stets bewiesen haben, ist anzunehmen, dass sie sich zu der für sie so gefährlichen Massregel nur unter der Voraussetzung entschlossen haben, dass ihnen hinreichend viele Unterseeboote zur Verfügung stehen, um das Risiko für den Seeverkehr nach den französischen und englischen Häfen zu einem sehr grossen zu gestalten. Da Versuche zur Rettung der Mannschaf-

ten nun nicht mehr unternommen werden sollen, liegt nicht mehr ein bloss kommerzielles Risiko vor, das durch erhöhte Schiffsversicherungsraten in gewissem Grade aufgehoben werden kann. Die Lebensmitteltransporte von Amerika nach Europa werden gewiss sehr wesentlich zurückgehen. Freilich zeigt gerade das Beispiel des Heldenmutes, mit dem die deutsche Zivilbevölkerung die Hungersnot erträgt, dass grosse Völker und dass auch die Westmächte durch die Blockade kaum zur Waffenstreckung gezwungen werden können, dass also das Ziel der ganzen Massregel *unerreicht* bleiben wird; aber viel neues Leid wird allerdings, wie schon bisher über die Völker Mitteleuropas, so nun auch über die Westeuropas und über die Bewohner der neutralen Länder kommen, ohne dass das Leid der erstern dadurch gemildert würde. Andererseits erwächst die Gefahr, dass die Westmächte als Reppesalie von den Neutralen verlangen könnten, jeden Warenaustausch mit den als gemeinsame Feinde zu betrachtenden Zentralmächten einzustellen. Die Umschiffung all dieser Klippen wird die Regierungen der neutralen Staaten vor schwere Entscheidungen stellen.

Die zweite bedeutungsvollste Unglücksfolge, die aus dem deutschen Schritte erwachsen musste und erwachsen ist, liegt in der Intervention Amerikas. Leichtfertige chauvinistische Kreise in Deutschland haben ihr gegenüber in ihrer Presse die These verfochten, dass die kleine amerikanische Armee für Deutschland «ungefährlich» sei. Sie vergessen, dass die englische Armee im Jahre 1914 kaum wesentlich grösser war und dass Amerika, wenn es nach dem Beispiel Englands handelt, 42 Millionen Soldaten auf die Beine stellen könnte. Von seiner Flotte, die die dritte der Welt ist, ganz zu geschweigen. Wenn sich die wirtschaftlichen Hilfsmittel Amerikas denen der Entente voll und ganz zugesellen, so ist deren Erschöpfung für lange Jahre ausgeschlossen und damit die wichtigste Chance für eine für Deutschland siegreiche Beendigung des Krieges begraben.

Am 2. August 1914 meinte Deutschland, die militärischen Vorteile des Durchmarsches durch Belgien so hoch einschätzen zu können, dass es ihretwillen das *Völkerrecht* glaubte verletzen zu sollen.

Aber das Britische Weltreich, das vielleicht sonst gezögert hätte, zog daraufhin das Schwert; die Sympathien aller Neutralen giengen Deutschland verloren.

Am 1. Februar 1917 begieng Deutschland den gleichen Fehler zum *zweiten male*. Wieder blickte es wie hypnotisiert auf einen vorübergehenden militärischen Vorteil und übersah die Macht der völkerrechtlichen Imponderabilien, die eben heute — und morgen, so hoffen wir, mehr noch denn heute — sich zu *realen Machtpotenzen* wandeln.

Der *Notstand*, den der Deutschkanzler im August 1914 zur Entschuldigung seiner Handlungsweise auführte, war *damals nicht* vorhanden.

Heute besteht er. Die Volksmassen Deutschlands hungern und verdienen unser wärmstes Mitgefühl. Aber indem sie ihren heroischen passiven Wi-

derstand gegen die feindliche Blockade aufgeben, und, statt weiter «durchzuhalten» einem Verzweiflungsschritt zustimmen, der sich gegen die unbeteiligten Neutralen richtet und die ganze Welt als «Feind» behandelt und dadurch zu *Deutschlands Feinde macht*, haben sie sich selbst um den Preis all der lange ertragenen Mühsal betrogen.

Auch die Chancen für einen *Ausgleichsfrieden* sind zunächst schon deshalb wesentlich gesunken, weil der Einfluss Amerikas zugunsten desselben bei eigenem Eintritt in den Krieg naturgemäss in Wegfall kommt. Was uns bisher als die unwahrscheinlichste Möglichkeit erschien, die Fortdauer des Krieges bis zum Zusammenbruch Deutschlands, wird durch dessen Verzweiflungsschritt zur wahrscheinlichsten Hypothese. Wir sagen dies mit aufrichtiger Trauer, aber auch die pazifistische Welt muss ihre Politik auf nüchterne Erfassung der realen Entwicklungstendenzen einstellen.

Wenn Amerika wirklich in den Krieg eintritt, so ist hiervon weiters eine derartige Stärkung der Siegeshoffnungen der Entente zur erwarten, dass jede Mahnung zum Ausgleichsfrieden auf dieser Seite nun durch ein oder zwei Jahre völlig tauben Ohren begegnen dürfte und darum als aussichtslos zunächst einzustellen wäre.

Weitergehen mag jedoch die wissenschaftliche Vorbereitungsarbeit für die Aufrichtung jener völkerrechtlichen Institutionen, die nach Beendigung dieses Krieges den Dauerfrieden der Welt verbürgen sollen. Da im Falle des Eintretens Amerikas in den Weltkrieg auf der Seite der Entente mit dem schliesslichen Erfolge derselben als wahrscheinlich zu rechnen ist, wäre auch alle realpolitisch aussichtsvolle Arbeit für den künftigen Rechtsfrieden an jene Programmpunkte anzuknüpfen, über die Frankreich und England mit Amerika einig sind, also im wesentlichen an das Programm der «League to enforce peace».

Während in Deutschland der Gedanke einer Fortführung des Hager Werkes freiwilliger Schiedsgerichtsbarkeit noch manche Anhänger besitzt, haben sich die anderen Mächte bekanntlich auf das Programm festgelegt, dass jeder Friedensbruch durch die militärischen Machtmittel einer internationalen Exekutivgewalt zu brechen sei. Wilson hat dies in seiner letzten Botschaft an den amerikanischen Senat aufs Klarste ausgesprochen. In dieser Richtung liegen also die praktischen Möglichkeiten der Friedensbewegung.

Ob auch die Beendigung des Weltkrieges heute um vieles ferner erscheinen muss, als man dies noch vor wenigen Tagen erwarten konnte, die Hoffnung bleibt ungeschmälert, dass die Ideale des Rechtsfriedens als Abschluss des blutigen Ringens sich durchsetzen werden.



## Flickwerk oder ganze Arbeit?

Von Leopold Katscher.

Allenthalben, wo es sich um geistige Neuerkenntnisse oder Zustandsverbesserungen handelt, zeigt sich die ganz natürliche Erscheinung, dass man zunächst die augenfälligsten Uebelstände, die äusserlich am leichtesten erkennbaren Symptome zu bekämpfen sucht und erst später allmählich in die Ursachen, das tiefere Wesen des Übels eindringt und die Axt an die Wurzeln des kranken Baumes legt. Die wenigen, deren Blick klar genug ist, um das Dunkel zuerst zu durchdringen, sind die sogenannten Schwärmer, die man so lange Utonisten oder auch Verrückte nennt, als ihre Erkenntnisse nicht Gemeingut geworden.

Zu den Frühreifen, die im Gebiete der gegenwärtig leider allerzeitgemässesten Menschheitsfrage, Krieg und Friede, am klarsten sehen, bzw. schon lange am klarsten gesehen haben, zählt Alfred H. Fried, dessen Werke zu den Hauptgrundlagen des modernen « wissenschaftlichen » oder vernünftigen Zweiges der Friedensbewegung gehören. In der Kunst, den Bankrott der Parbellumpolitik anzuzeigen und nachzuweisen, wie ihn der jetzige Weltkrieg den Einsichtigen vollauf bekräftigt, war er von jeher Meister. Er hat immer das blosse Flickwerk des blossen « Reform Pazifismus » bekämpft und sich für ganze Arbeit, d. h. für das eingesetzt, was er « ursächlichen Pazifismus » nennt. Ich will hier nur an zwei seiner neueren Schriften erinnern: « Kurze Aufklärungen über die Friedensbewegung » (Berlin 1914) und « Europäische Wiederherstellung » (Zürich 1915), welche als Vorarbeiten gelten können zu seinen neuesten, ebenfalls kurzgefassten und ganz gemeinverständlichen Büchlein, das soeben bei Orell Füssli in Zürich erschienen ist: « Die Grundlagen des ursächlichen Pazifismus ». Ursächlich, d. h. Bekämpfung nicht der Symptome allein (Krieg, Rüstungen, u. s. w.), sondern der wirklichen Ursache der politischen Krankheit, also der anarchisch-chaotischen Ungeordnetheit, Mittelalterlichkeit und sonstigen Verfehltheit der zwischenstaatlichen Beziehungen, wie sie sich aus einer Zeit politischer Einzelstaatlichkeitskleinkrämerie in unsere Zeit hochentwickelten Weltverkehrs als unsinniger Anachronismus hinübergerettet haben.

Frieds Darlegungen beruhen mit Recht auf dem bereits ungeheuer gewordenen Umfang des Weltverkehrs: dieser dient ihm als unanfechtbarer Ausgangspunkt für seine Beweisführungen und Abhilfsvorschläge. Er betont die, durch den grossen Krieg in höherem Masse bestätigte Tatsache der Abhängigkeit der Länder und Völker von einander, der Angewiesenheit der ganzen Menschheit auf einander, der raschen Fortentwicklung der Erde zu einem Organismus. Der Hauptfehler ist der Umstand, dass gerade die leitenden Persönlichkeiten der Staaten diesen Zusammenhängen meist ungenügende Aufmerksamkeit schenken oder dass sie überhaupt nicht erkennen, welcher gewaltige Widerspruch besteht zwischen den überkommenen Einrichtungen und dem natürlichen Entwicklungsgang der Gesellschaft. Offenbar wird auch heute noch, wie zu Kanzler Oxenstiernas Zeit, « die Welt mit wenig Weisheit nur regiert. »

Infolge der Befangenheit der massgebenden Kreise in überlieferten Vorurteilen handelt jeder einzelne Staat in vielen wichtigen Dingen so, als gäbe es keine anderen Staaten auf Erden. Daraus ergeben sich oft arge Feindschaften, alle Kräfte wirken, statt mit, gegen einander und nicht selten bildet die Explosion des angehäuften Zündstoffes, also der Krieg, den einzig möglichen Ausweg. Solange die alten unvernünftigen politischen Verhältnisse weiter herrschen, kann ein Krieg unter Umständen wie eine Befreiung wirken, notwendig und sogar vernünftig erscheinen. Fürchtet sich ein Staat vor der Möglichkeit einer Explosion, so wird er zuweilen, nervös geworden, dem Gegner durch Anzettelung eines Vorbeugungskrieges zuvorkommen, um nicht von ihm überrascht zu werden. « Die Nervosität », sagt Fried (S. 12), « ist über-

haupt das kennzeichnende Merkmal der zwischenstaatlichen Beziehungen unsrer Zeit... Das kurz-sichtige Zickzacken und verzweifelte Umherblicken bildet den Inhalt unsrer heutigen internationalen Politik, die Hauptbetätigung unsrer neuzeitlichen Diplomatie... Wollten die Staaten die in ihnen schaffenden verbindenden Lebenskräfte mit einander betätigen, so würde jedes Mitglied der Staatenfamilie beteiligt sein an den schaffenden Kräften des andern; sie würden zusammen die Gefahren beseitigt haben, mit denen sie sich jetzt gegenseitig bedrohen. Jedes Volk würde des andern Freund sein, jedes Volkes Fortschritt den Fortschritt des andern bedeuten. » Dann würden die internationalen Zwistigkeiten aufhören, aus der Ungeordnetheit zu entstehen, sie wären nicht mehr unvernünftig, sondern vernünftiger, normaler, gütlicher Natur, sodass sie ohne Gewaltanwendung auf Grund vernünftiger Lösungen geschlichtet werden könnten.

Zustände schaffen zu helfen, die solche Lösungen ermöglichen, ist die Aufgabe der den innern Kern der Dinge richtig erfassenden « ursächlichen » Friedensbestrebungen im Gegensatz zum « Reform Pazifismus », der lediglich an den äusserlichen Symptomen herumquacksalbert. Es gilt nicht, den Krieg als solchen, das Wettrüsten als solches u. s. w. zu bekämpfen, sondern weitgehende praktische zwischenstaatliche Vereinbarungen und Einrichtungen zu schaffen, die den Krieg, die Wettrüstungen u. s. w. überflüssig machen und gleichsam selbsttätig ausschalten.

Solange solche Neuerungen nicht bestehen, müssen auch die so viel umstrittenen « Völkerschiedsgerichte » grossenteils unwirksames Stückwerk bleiben. Das Kriegsübel durch solche Gerichtshöfe ausrotten wollen, heisst auf einem überwundenen Standpunkt — dem der Uebergangszeit der Friedensbewegung — stehen. Erst das Vorhandensein geordneter internationaler Beziehungen wird dem Schiedsgrundsatz zu seiner wahren Nützlichkeit verhelfen, denn er kann seiner innern Natur nach nur einer Staatengemeinschaft, nicht einer Staatenanarchie wirklich wirksame Begleiterscheinung sein. Solange sich politische Streitigkeiten so gefährlich zuspitzen können, wie es unter dem Walten und infolge des Waltens des herrschenden « Systems » (!) der Fall, schreien sie naturnotwendig nach blutiger Austragung; mit der Beseitigung dieses Systems werden sie von selbst gutartig werden und sich daher leicht schiedlich lösen lassen. Der Reform Pazifismus will zu Unrecht juristische Mittel schaffen für die Schlichtung bloss der heutigen Staatenzwistigkeiten; der « ursächliche » Pazifismus dagegen ist bestrebt, das Wesen der Konflikte so umzugestalten, dass sie durch Rechtseinrichtungen lösbar werden, und zwar allesamt, nicht nur, wie jetzt, ausnahmsweise. Diese Umgestaltung kann aber ausschliesslich durch Schaffung einer juristischen Staatenorganisation geschehen. So nützlich die Schiedsgerichte auch schon heutzutage in einzelnen Fällen sein können und sind, so sehr sie daher als Entwicklungs- und Uebergangsstufe zu begriffen seien, meint Fried, so untanglich wären sie als Mittel zur Ersetzung und Beseitigung der Kriege innerhalb der gegenwärtigen politischen Weltverfassung.

Auch über die bekanntlich vielumstrittene Abrüstungsfrage geht der « ursächliche » Pazifismus zur Tagesordnung über. Die gefährlichen, kostspieligen und ominösen Wettrüstungen gelten ihm mit Recht nur als minderwertiges Ersatzmittel für den Mangel an Sicherheit, Ordnung und Gesetz im internationalen Staatenverkehr. « Der in der Anarchie auf sich allein angewiesene Staat rüstet, um sich zu schützen. Die Rüstung wird aber nur dadurch zum Schutz, dass sie andre Staaten bedroht. Alle Versicherungen, dass man nur zur Verteidigung rüstet, müssen stets leere Worte sein. Eine Rüstung nützt nämlich nur dann, wenn sie durch ihre Drohung andre Staaten abhält, den rüstenden Staat zu überfallen. Die Drohung beschränkt sich aber nicht auf die Abhaltung des andern Staates von einem Ueberfall, sondern verhängt über diesen auch die stete Gefahr, selber überfallen zu werden. Sie zwingt daher jeden andern Staat, sich

dagegen zu schützen. Es ist also jeder Staat gezwungen, sich gegen die Schutzversuche der andern zu schützen, somit noch bedrohlicher und daher stärker gerüstet zu sein als jene. » Und so wird der Rüstungswahnsinn überall zu einer Schraube ohne Ende. Klärlich wird also jeder etwaige Rüstungsstillstand oder jede etwa mögliche Rüstungsverminderung von dem Grade der jeweils erreichten zwischenstaatlichen Organisation abhängen und die wünschenswerte sogenannte « Abrüstung » — d. h. ein vernünftiges Mass von Gerüstetsein — kann nur im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung, also Staatengemeinschaft erzielt werden. Dann aber tritt sie ganz von selbst ein, wie schon das Beispiel der im Landfrieden vereinigten Burgen, Provinzen usw. gelehrt hat. Die Riesenrüstungen werden aufhören, sobald ihnen durch den Bestand einer umfassenden Staatenorganisation der Boden entzogen sein wird.

Wenn der « ursächliche » Pazifismus den « Frieden », dessen sich die Völker in der Zeit zwischen zwei Kriegen zu « erfreuen » pflegen, nicht als wahren Frieden anerkennt, sondern als Scheinfrieden, als bloss « latenten Zustand des Gewaltsystems » bewertet, so handelt er nur folgerichtig, denn der gebrechliche Rüstungsfriede, an dessen Aufrechthaltung die Diplomaten und Staatslenker so viel Mühe zu wenden pflegen, hat keine Ähnlichkeit mit dem « pazifistischen » Frieden, wie er sich als Folge geordneter internationaler Rechtszustände ergeben würde. In diesem Punkte wird die moderne Friedensbewegung vielfach verkannt. Man wirft ihr beim Ausbruch von Kriegen vor, sie sei ausserstande gewesen, den « Frieden » zu erhalten. Diesen immer wieder zum Krieg führenden Frieden will sie gar nicht erhalten, denn er erscheint ihr wesensgleich mit dem Krieg und nur um wenig besser als dieser; sie wünscht vielmehr durch eine Staatengemeinschaft einen wirklichen, unmilitärischen, auf allgemein anerkannten Rechtsgrundlagen beruhenden Dauerfrieden erstehen zu sehen.

Den Kennern der Weltentwicklung ist der grosse Umfang wohl bekannt, den das internationale Organisationswesen im 20. Jahrhundert angenommen hat, und die furchtbaren Stockungen, die der gegenwärtige Krieg im Weltverkehr erzeugt, bestätigen die gewaltigen, im zwischenstaatlichen Leben erzielten Fortschritte augenfällig auch der groesen Mehrheit, die sich derselben vorher nicht bewusst war. Eine lange Reihe internationaler Einrichtungen zeugt für die Grösse der Entwicklung. Was noch fehlt, ist die Ausdehnung — unter bewusster Mitwirkung der Menschen — der Organisation vom Handel, vom Verkehr, von der Technik u. s. w. u. s. w. auf die Politik. Und so wie sich gar vieles andere hat international organisieren lassen, wird auch die zwischenstaatliche Rechtsordnung ganz bestimmt kein Traum bleiben. Der wissenschaftliche Pazifismus wird dafür sorgen, « das Sehvermögen der Zeitgenossen zu schärfen », auf dass sie « den Gang der Entwicklung kennen lernen, damit sie ihre Handlungen bewusst danach einrichten... Der Pazifismus ist im Grunde genommen nichts als ein Problem der geistigen Optik. »

Wie Fried sich jene Augenschärfung vorstellt, wie er sich die Notwendigkeit denkt, « alle Faktoren zu fördern, die der Entwicklung des Organisationsvorganges der Menschheit zugute kommen », welche Mittel er zur Schwächung der gegenteiligen Einflüsse empfiehlt, mit der Anführung welcher Tatsachen er die Gegnerschaft der Friedenslehre überwindet, welches schöne, durchaus auf dem Bestehenden fussende Aktionsprogramm er darlegt, mit welcher Fülle geistvoller Einzelheiten und strengster Logik er seine gute Sache vertritt — all dies lese man in der ohnehin erfreulich kurzen Schrift selbst nach, und man wird sie nicht ohne die Erkenntnis aus der Hand legen, dass hier einer der berufensten Fachmänner meisterlich und überzeugend eingetreten ist zugunsten « ganzer Arbeit » gegenüber blossem Flickwerk in einem äusserst wichtigen Punkte des Lebens der Menschheit.

Verantw. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.